



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/177 - 10.8.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Hinweise

auf den Inhalt:

Propagandageschäft mit dem Streik	S. 1
Schwedens Luftflotte	S. 2
Jugendarbeitsschutz tut Not	S. 3
Ein Vorstoß aus Bayern	S. 5

---

## Streik-Sympathie aus der SBZ

r. Die Propaganda gegen die gegenwärtige Lohnbewegung, wie sie von uneinsichtigen Unternehmerkreisen betrieben wird - während vernünftigerer Arbeitgeber der Auseinandersetzung durch Lohnerhöhungen bereits die Spitze genommen haben, weil sie zugeben, dass sie es durchaus könnten, so wie ihre hartnäckigeren Kollegen es ebenfalls könnten, wenn sie nur wollten - diese Propaganda wird auch mit dem Hinweis auf das günstige Echo der Streiks in der Sowjetzone betrieben. Viele westdeutsche Zeitungen bedienen sich des gleichen Arguments. Der Zweck liegt auf der Hand: Durch die breite Veröffentlichung von Sympathiekundgebungen der unfreien Gewerkschaften in der SBZ (die sich einen Streik niemals erlauben dürften) für die Aktion der westdeutschen Industriegewerkschaften soll, unabhängig vom konkreten Gehalt dieser Lohnbewegung, ein politisch diffamierendes Moment in die ganze Angelegenheit und die Art ihrer Bewertung getragen werden.

Hier wiederholt sich auf einem besonderem Sektor, was seit Jahr und Tag zu beobachten ist, der Versuch nämlich, aus der positiven Beurteilung und propagandistischen Ausschlichtung eines westdeutschen Tatbestandes oder der Einstellung bestimmter politischer Kräftegruppen bzw. Einzelpersonen in der Bundesrepublik durch sowjetzonale Stellen automatisch einen Gleichklang oder gar eine Identität der Interessen oder gar der Motive herzuleiten. Das klassische Beispiel ist dafür der Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen die EWG, die gleichzeitige sowjetrussische und sowjetzonale Gegnerschaft gegen diesen Vertrag und das fortgesetzte Bemühen der westdeutschen Befürworter der EWG, die SPD als kommunisten- und sowjetfreundlich anzuschwärzen.

Um bei den beiden Beispielen zu bleiben: Die Gewerkschaften haben ihre Gründe für die Lohnforderungen und die damit verbundenen Maßnahmen und die SPD hat ihre Gründe für die ablehnende Einstellung zur EWG. Beide haben mit den östlichen Argumenten und Motiven nichts gemein. Es würde aber den Verzicht auf jede selbständige Politik bedeuten, wollte man die eigene Einstellung in einer sachlichen Frage davon abhängig machen, ob man Gefahr läuft, unerwünschten Beifall zu ernten.

+ + +

Schwedens Luftwaffe - die viertstärkste der Welt

KRK. Stockholm

Schweden wahrt seine Neutralität. Aber diese Neutralität gründet sich nicht auf himmelblauen Optimismus, sondern auf starke Waffen. Der wichtigste und bestausgestattete Teil der schwedischen Wehrmacht ist die Flugwaffe. Es ist wahrscheinlich, dass Schweden heute über mehr als 1000 Flugzeuge der ersten Linie verfügt; gut-unterrichtete Leute wollen wissen, dass sogar 1500 zur Verfügung stehen. Schweden dürfte heute die viertstärkste Luftwaffe der Welt haben, und das will für ein Land mit sieben Millionen Einwohnern nicht wenig heissen.

Um Vergleiche zu ermöglichen, sei darauf hingewiesen, dass die Luftverteidigung des Atlantikpakt- im nördlichen Gebiet-Dänemark und Norwegen-gegenwärtig über 350 Maschinen verfügt. Im Zentralabschnitt, der die amerikanische, britische, belgische und niederländische Luftwaffe umfasst, gibt es 2200 Maschinen, während die Atlantikpakt-Luftwaffe des Südabschnitts-Italien, Griechenland, Türkei-1300 Maschinen zählt. Schweden wäre also allein in der Lage, ein Drittel bis zur Hälfte der Luftwaffenstärke aufzubringen, die der ganzen Kontinentverteidigung des Atlantikpakt zur Verfügung steht. Die Luftwaffe der Ostblock-Staaten dürfte etwa 20.000 Maschinen umfassen.

Die Leistung Schwedens ist umso erstaunlicher, als sie ganz aus eigener Kraft vollbracht wurde. Schon im letzten Krieg gingen die schwedischen Techniker daran, eigene Flugzeuge zu bauen. Schweden machte sich unabhängig von ausländischem Material und ausländischen Lizenzen. Die SAAB-Fabriken in Linköping-Svenska Aeroplan Aktiebolaget-verfertigte Maschinen nach vier verschiedenen Typen. Die bekannteste Maschine ist der Düsenjäger J 29, "Fliegende Tonne" genannt wegen ihres plumpen Aussehens. Sie erreicht eine Spitzengeschwindigkeit von 1060 km. Weiß man, dass es sechs Jahre dauert, ehe ein Düsenjäger von der Vorlage des Entwurfs an laufend erzeugt werden kann, versteht man, dass Schweden sich zeitig vorgesehen hat. Die "Tonne" wurde schon 1948 zur Probe geflogen. Sie ist ebenso

ausgezeichnet wie die amerikanischen Sabre-Maschinen und die russischen MIG. A 32 ist noch schneller. Man nennt sie "Lanze". Sie überflieg die Schallgrenze und kann als Jagd-Bomber bezeichnet werden. SAABs dritte Maschine, "Dragen"-Zieler- ist noch mit grossen Geheimnissen umgeben. Man weiß nur, dass sie trotz großer Schnelligkeit auf kurzen Laufbahnen starten und landen kann.

Schweden ist sehr wohl imstande, seine Freiheit zu verteidigen, und es ist fest entschlossen, dies unter allen Umständen zu tun.

+ + +

#### Jugendarbeitsschutzgesetz drängt

Heh, Dass die augenblicklich bestehenden Bestimmungen zum Schutz der arbeitenden Jugend bei weitem nicht ausreichen, haben die Befragungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und anderer Organisationen in den letzten zwei Jahren bewiesen. Diejenigen, die die ihnen anvertrauten Jugendlichen ohne Rücksicht auf körperliche Schädigungen rücksichtslos ausnutzten, hätten gut daran getan, sich die Aktivität der Jugendverbände und des DGB zur Warnung dienen zu lassen.

Erneute Untersuchungen ergaben ein aufschlußreiches, zugleich aber beschämendes Resultat. In Rheinland-Pfalz beispielsweise stieg die Zahl der Beanstandungen wegen Arbeitszeitüberschreitung und Verstößen gegen den Jugendarbeitsschutz von 2 961 im Jahre 1951 auf 2 244 Fälle im Jahre 1953. Da das nur die von der Gewerbeaufsichtsbehörde festgestellten Übertretungen sind, kann man sich ein Bild davon machen, wie es tatsächlich aussieht. Als im Landtag von Rheinland-Pfalz dieses Problem auf Initiative der sozialdemokratischen Fraktion zur Sprache kam, mußte auch der Staatssekretär im Sozialministerium zugeben, dass in sehr vielen, vor allem kleineren Betrieben, Arbeitszeitüberschreitungen an der Tagesordnung sind. Und so wie in Rheinland-Pfalz ist leider in vielen Ländern. Gewisse Unternehmer kümmern sich um die Gewerbeaufsichtsbehörde so gut wie überhaupt nicht.

Auf das Problem des Jugendarbeitsschutzes muß bis zu seiner endgültigen zufriedenstellenden Regelung immer wieder hingewiesen werden, das sind wir der Jugend schuldig. Das Argument gewisser Arbeitgeber in Niedersachsen, die Rentabilität ihrer Betriebe würde

bei der Umsetzung strengerer Bestimmungen zum Schutz der arbeitenden Jugend in die Wirklichkeit in Frage gestellt, ist geradezu zynisch. In Wirklichkeit würde höchstens die Ausbeutung der Lehrlinge aufhören, die mancherorts, mit Verlaub zu sagen, zum Himmel stinkt.

Es ist einfach unmöglich, von einem 15- oder 16jährigen Lehrling zu verlangen, ohne Unterbrechung zwölf oder gar sechzehn Stunden zu arbeiten. Diese Zumutung ist aber leider keine Seltenheit. Fast jedes junge Mädchen, das im Einzelhandel arbeitet, steht von morgens acht Uhr bis abends 19 Uhr hinter dem Ladentisch und muß dann zumeist noch das Geschäft säubern, vielfach werden dann in der "Mittagspause" die Regale und Schubläden aufgefüllt - das sind zwölf Stunden täglich. In vielen Handwerksbetrieben sieht es kaum besser aus.

Die Ärzte können von dem schlechten körperlichen Zustand unserer Jugend ein Lied singen. Körperliche Erschöpfung, Magenleiden, Herzbeschwerden sind die Symptome, die sich allzu oft einstellen. Nervosität ist der Anfang allen Übels. Und das alles resultiert zumeist nur aus der zu langen, anstrengenden Arbeitszeit. Dass sich die betreffenden Arbeitgeber mit ihren überforderten, nervösen Lehrlingen selbst schaden, müßten sie eigentlich längst selber eingesehen haben.

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund wird der Oktober unter dem Motto "Monat des Jugendarbeitsschutzes" stehen. Damit wird erneut die Öffentlichkeit auf eine hohe sittliche Aufgabe aufmerksam gemacht, denn der Schutz der arbeitenden Jugend sollte nicht allein Sache der Polizei und der Gewerbeaufsicht sein, sondern Sache des ganzen Volkes. Nur so kann ein wirksamer Jugendarbeitsschutz Wirklichkeit werden, der auch die Gewisheit birgt, der heranwachsenden Jugend durch eine vernünftige Regelung der Arbeitszeit die Gesundheit zu erhalten.

+ + +

Kampf der Gesetzesflut

K.T., München

Der Bundestag und die Landtage der einzelnen Bundesländer verabschieden sozusagen am laufenden Band neue Gesetze und Verordnungen. Das ist verständlich, denn der Neuaufbau unseres demokratischen Staates erfordert nun einmal eine Fülle von neuen Gesetzen. Doch zuweilen kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass zu viel des Guten getan wird, und dass darüber hinaus die Ausführungsbestimmungen der Gesetze in einer Amtssprache abgefasst sind, die für den schlichten Staatsbürger einfach unverständlich ist. Das gilt in besonderem Maße für die verschiedensten Gesetze über Kriegsfolgelasten, Lastenausgleichs- und Flüchtlingsgesetze usw., die für einen großen Teil der Bevölkerung von primärer Bedeutung sind.

Es ist Tatsache und wird auch von niemandem angezweifelt, dass selbst ein versierter Verwaltungsfachmann, ein Rechtsanwalt oder jemand anderes, der von Amts wegen mit der Auslegung der Gesetze zu tun hat, sich oft nicht mehr durch den Dschungel der neuen Gesetze mit ihren hunderten, ja tausenden von Vollzugsvorschriften zurechtfindet und dass er infolgedessen auch nicht zuverlässige und erschöpfende Auskunft darüber erteilen kann. Vor allem aber entsteht angesichts dieser verwirrenden Fülle von Gesetzen und Verordnungen und der Vielfalt der Zuständigkeiten der Behörden beim einfachen Staatsbürger immer mehr das Gefühl, der Bürokratie ausgeliefert zu sein. Und das ist, über die persönliche Verärgerung des Betroffenen hinaus, eine gefährliche Sache für die Demokratie und das Ansehen, das sie genießen sollte.

Um diesem von der breitesten Öffentlichkeit als untragbar bezeichneten Zustand abzuhelpen, hatte die SPD in Bayern im vergangenen Monat in München eine Aussprache über Fragen der "Verwaltungsvereinfachung und der Eindämmung der Gesetzesflut" durchgeführt, an der sich prominente Persönlichkeiten des Staates und der Wirtschaft beteiligt hatten und bereits konkrete Vorschläge in dieser Richtung machten. Kürzlich hat sich nun der Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD in Bayern, Waldemar von Knoeringen, mit den Fraktionsvorsitzenden der im Bayrischen Landtag vertretenen Parteien in Verbindung gesetzt und sie aufgefordert, an dem neugebildeten "Gremium zur Eindämmung der Gesetzesflut und Verwaltungsvereinfachung" teilzunehmen. Knoeringen weist in seinem Schreiben darauf hin, dass dieses Gremium aus fachlich qualifizierten Persönlichkeiten besteht, überparteilich ist und in Verbindung mit allen Fraktionen des Bayerischen Landtags tätig sein soll. Man könne schon recht bald mit praktischen Ergebnissen rechnen, wenn auch die Regierung dieses Gremium fördert.

Dieser Vorschlag der SPD hat bereits kurz nach seiner Verkündung nicht nur in parlamentarischen Kreisen großen Beifall und starke Beachtung gefunden, sondern darüber hinaus gerade in der Öffentlichkeit eine Resonanz ausgelöst, mit der man nicht gerechnet hatte. Knoeringen hofft, dass diese Resonanz "atmosphärischen Druck" entwickelt, der mithilft, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Vielleicht macht der Vorgang auch in anderen Ländern der Bundesrepublik Schule.

+ + +

-----

Verantwortlich: Peter Raunau